

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Bereins (E. V.) - Verlagort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenschürsdorf bei Herrn Hermann Fische; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Frl. Schmidt, Postagentur.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Auslieferung, Waisensachen, Schenkungen im Bereich der Druckerei oder anderer Verleger hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch den Bezugsnehmer aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

erschient werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-Pfg. freibl. auschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspfg., Sonntags-Nr. 30 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6 gesp. Perzepteile 0,15 R.-Pfg. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-Pfg. 3 gesp. Kellernzelle 0,45 R.-Pfg. Hinweise auf Anzeigen und Eingehende 0,10 R.-Pfg. Nachweise und Offertengebühr 0,20 R.-Pfg. Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

gründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postamt Waldenburg. Stadttelephon Waldenburg 90. Preise gelten nur bei pünktlicher Zahlung. Bei zwangsweiser Einziehung der Rechnungsbeträge wird jeden Nachschuß hülflos.

zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenschürsdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 125

Sonnabend, den 31. Mai 1930

52. Jahrgang

„Graf Zeppelin“ auf der Fahrt nach Havanna.

Im Reichsinnenministerium trat am Mittwoch die Konferenz der Innenminister der Länder unter Leitung von Wirths zusammen, sie sprach sich gegen die Einziehung von Nationalsozialisten in die Polizei aus. Der Reichstag hat sich bis zum 16. Juni vertagt. Das Kaiser Friedrich-Realgymnasium in Berlin ist in eine Mary-Schule umgetauft worden. Das Zündwaren-Monopolgesetz wird mit den 1. Juni in Kraft gesetzt. Die Räumung von Trier hat mit dem Abtransport der französischen Artillerie begonnen. Die Zahl der kranken Kinder in Lübeck ist auf 100 gestiegen. Das Wasser im Bienenburger Kaliwerk ist unbrauchbar im Steigen. Das englische Unterhaus lehnte das Mikstranensvotum von MacDonald ab. Die Zahl der Arbeitslosen ist in England auf 1,750,000 gestiegen. Ueber Vitauen gingen schwere Unwetter nieder. Stalin soll zurücktreten. Das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen ist vom amerikanischen Senatsauschuss angenommen worden. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist gestern in Pernambuco aufgestiegen.

Waldenburg, 30. Mai 1930.

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald prägte vor einigen Tagen das Wort von der „tieffsten Talsohle der Wirtschaft“, die wir in den nächsten Mai und Juni zu passieren hätten. Er sprach davon die Hoffnung, daß das deutsche Volk in den nächsten Monaten nicht die Kräfte verlieren werde und die Regierung nicht vor unpopulären Maßnahmen zurückschrecken möge, um gesunde wirtschaftliche Voraussetzungen zu schaffen und die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen. Mit diesem Urteil Stegerwalds stimmt die Auffassung der maßgebenden Wirtschaftsinstitute überein. Wie aus dem Vierteljahresbericht des Instituts für Konjunkturforschung hervorgeht, lastet die Krise jetzt mit voller Schwere auf der Weltwirtschaft und besonders schwer auf Deutschland. Produktion und Beschäftigung sind weiter gesunken. Die Arbeitslosigkeit hat zwar abgenommen, die Besserung bleibt aber weit hinter dem saisonüblichen Umfang zurück. Die Zinssätze am Geldmarkt haben einen unvorhergesehenen Anstieg erreicht. Die Wirtschaft zeigt die Symptome einer dem Tiefpunkt zunehmenden Depression. Der konjunkturelle Rückgang der Wirtschaftstätigkeit dürfte in den nächsten Monaten seinen Abschluß kommen und in eine Periode der Stagnation einmünden. Die weitere Entwicklung, so heißt es in dem Bericht, wird durch die sich bessernde Kapitalversorgung in günstigem Sinne erleichtert werden.

Dieser begrüßenswerte Konjunkturausschlag darf allerdings nicht von heute auf morgen erwartet werden. Zunächst gilt es einmal die Vorbedingungen zu schaffen, unter denen die Verhinderung der Kapitalflucht eine der wichtigsten ist. Ueber acht Milliarden Mark deutsches Geld befinden sich gegenwärtig im Ausland. Die Zurückleitung dieses Geldstromes ist die heimische Wirtschaft ist wohl eine der Hauptaufgaben der deutschen Wirtschaftspolitik. Weiter gilt es, in kürzester Frist der Finanz- und Arbeitslosennot Herr zu werden. Das Kabinett hat die für Dienstag angekündigte Entscheidung über die Deckung der Fehlbeträge, die durch die Arbeitslosenversicherung und durch Mindererträge an Steuern entstanden sind und auf rund 737 Millionen Mark berechnet werden, über Erwarten zurückgestellt und bis zur Beschlußfassung über das Ausgabenreduzierungs-gesetz vertagt. Diese Kabinettsentscheidung soll Anfang nächster Woche fallen. Fest steht bis jetzt nur, daß die fehlende Summe gedeckt werden soll. Ein erheblicher Betrag soll durch die Reform der Arbeitslosenversicherung, durch die prozentige Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sowie durch Steuererhöhungen aufgebracht werden. Es hat sich ergeben, daß außer einer Umsatzsteuererhöhung um 1/4 v. H.,

der Einführung eines Notopfers aller Gewerbetreibenden — also nicht nur der Beamten — in Höhe von 1 v. H. des Gehalts, der Steigerung der Einnahmen aus der Zigarettensteuer neue Einnahmequellen nicht vorhanden sind. Es kommt nur noch eine Veräußerung von Vorzugsaktien der Reichsbahn-Gesellschaft in Höhe von 100 bis 150 Millionen Mark in Betracht. Etwasige Abstriche am Haushaltsplan dürften nur 50 Millionen Mark erbringen. Die zur parlamentarischen Durchsetzung des neuen Steuerprogramms erforderliche Besprechung mit den Führern der Regierungsparteien soll erst stattfinden, wenn das Kabinett selbst über die Deckungsvorschläge einig geworden ist.

Das Ausgabenreduzierungs-Gesetz, das neben Vorschlägen für die Gestaltung der Gemeindefinanzen eine Erhöhung der Dienstaltersgrenze, Urlaubskürzungen usw. bringen soll, wird sich erst im nächsten Haushaltsjahr auswirken. Daß an Ausgaben noch allerhand gespart werden kann, das zeigt die Kritik des Rechnungshofes an der Ausgabenwirtschaft des auswärtigen Amtes. So wurde mit Recht bemängelt, daß für die Verbesserung der Delegation Sonderzüge in Anspruch genommen wurden, die mehr als 98 000 Mark gekostet haben. Kritisiert wurden auch die Luxusbauten im Ausland. 35 000 Mark wurden für die Erweiterung des Speisesaals der Postkastelle in Rom ausgegeben. 143 000 Mark für die Instandsetzung des Dienstgebäudes in Washington beim Postfachwechsel usw. Für das Generalkonsulat in Rattow wurde eine Badewanne für 823 Mark angeschafft. Für Tapeten wurden Rollen im Werte von 14 Mark verwendet. Der Rechnungshof rügt weiter, daß der frühere deutsche Botschafter in Tokio von der russischen Eisenbahnverwaltung für eine Reise einen Salonwagen für 16 000 Mark gemietet habe, während die Kosten erster Klasse für die gleiche Strecke 700 Mark betragen hätten usw.

Solche Luxusausgaben sind wahrhaftig nicht angebracht. Auch das auswärtige Amt muß sich bei seinen Maßnahmen stets vergegenwärtigen, daß wir ein armes und schwer um seinen Aufstieg ringendes Volk sind, dessen oberste Pflicht Sparsamkeit im öffentlichen und privaten Leben heißt.

Neue Geldsperre für Thüringen?

Die Länderkonferenz gegen die Einstellung von Nationalsozialisten in die Polizei.

Die in Berlin vom Reichsminister des Innern Dr. Wirth einberufene Länderkonferenz, auf der sämtliche Länder vertreten waren — für Thüringen Staatsminister Baum — hat zu der durch die Berufung von Nationalsozialisten auf leitende Polizeiposten geschaffenen Lage Stellung genommen. Ueber den Verlauf der Sitzung wurde der folgende amtliche Bericht herausgegeben.

Unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Dr. Wirth beschäftigte sich die Konferenz der Innenminister, auf der sämtliche Länder vertreten waren, mit den Grundsätzen für die Gewährung von Reichszuschüssen für polizeiliche Zwecke an die Länder. Der Reichsinnenminister wies einleitend auf die grundsätzliche Bedeutung der Frage hin, die von Thüringen durch die Berufung von Nationalsozialisten in leitende Stellen der Thüringer Landespolizei aufgerollt sei. Er legte die geschichtliche Entwicklung der erwähnten Grundsätze dar und stellte fest, daß die Einstellung von Nationalsozialisten mit dem unpolitischen Charakter der Schutzpolizei, wie ihn Absatz 1 Ziffer 6 der Grundsätze ausdrücklich und unbedingt fordere, unvereinbar sei.

Da nach Absatz 2 Satz 1 der Grundsätze das Reich sich zur Zahlung nur unter der Voraussetzung der unbedingten Innehaltung der erwähnten Grundsätze verpflichtet hat, stellte der Reichsminister des Innern fest, daß die Gewährung von Reichszuschüssen an Thüringen wegsfallen müsse, falls das thüringische Staatsministerium auf seiner Absicht beharre, die für leitende Stellen der Thüringer Polizei in Aussicht genommenen Nationalsozialisten zu ernennen.

In der Aussprache wurde von verschiedenen Seiten der revolutionäre Charakter der NSDAP. hervorgehoben und entsprechende Material vorgebracht. Es herrschte die einmütige Auffassung, daß den verfassungswidrigen Bestrebungen dieser Partei mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegengetreten werden müsse. Abschließend richtete der Reichsminister des Innern an Staatsminister Baum die eindringliche Forderung, die beabsichtigte Einstellung von Nationalsozialisten in die Thüringer Polizei aufzugeben und erklärte, daß, falls dieses Erfordernis erfolglos bleibe, er sich für verpflichtet halte, die Zahlung weiterer Reichszuschüsse einzustellen. Dies um so mehr, als auch der Verlauf der Aussprache seine grundsätzliche Auffassung bekräftigt habe.

Staatsminister Baum teilte mit, daß die in Frage stehenden Ernennungen unter der Voraussetzung erfolgt seien, daß der thüringische Landtag, was erst am 24. Juni möglich sei, die entsprechenden Mandatstellen bewilligen werde.

Der Reichsminister des Innern erklärte darauf, daß er sofort ein förmliches Ersuchen an das thüringische Staatsministerium richten werde, seinen Beschluß, soweit Nationalsozialisten in Frage kämen, rückgängig zu machen.

„Eisenacher Volkszeitung“ von Dr. Frid verboten.

Das thüringische Innenministerium hat die sozialdemokratische „Eisenacher Volkszeitung“ wegen einer angekl. den Minister Dr. Frid beleidigenden Ueberschrift auf Grund des Republikausgesetzes für 14 Tage verboten.

Politische Rundschau

Deutsches Reich.

Glückwünsche des Reichskanzlers an Wilhelm Flügel. Der Reichskanzler hat Wilhelm Flügel, zugleich im Namen der Reichsregierung, zum Tage seiner zehnjährigen Tätigkeit als Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes beglückwünscht.

Hermann Stegemann Ehren doktor. Die Universität Frankfurt a. M. hat Hermann Stegemann zu seinem 60. Geburtstag als „in erster Zeit treu bewährten Bürger seiner rheinischen Heimat und hervorragenden Geschichtsschreiber des Weltkrieges“ durch die Verleihung der Würde eines Dr. phil. h. c. ausgezeichnet.

Der Bildungsausschuss des Reichstags hat den sozialdemokratischen Antrag, der Reichsregierung die Zurückziehung des Entwurfs einer Novelle zum Lichtspielgesetz zu empfehlen, mit 16 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

An zuständiger Stelle wird die bisher für kaum glaubhaft gehaltene Nachricht bestätigt, daß der sozialdemokratische preußische Kultusminister Grimme seine Zustimmung dazu gegeben hat, daß das Kaiser Friedrich-Realgymnasium in Berlin-Neutölln künftig den Namen Karl Marx-Schule tragen soll. Der Sowjetgesandte in Stockholm, Viktor Kopp, ist in einem in der Nähe von Berlin gelegenen Sanatorium gestorben. Er war der erste diplomatische Vertreter der Sowjetunion in Berlin nach dem Kriege und hatte namentlich an den Verhandlungen, die zum Abschluß des Rapallo-Vertrages führten, starken Anteil.

Im Klare-Ausschuss des preußischen Landtages wurde am Mittwoch die Beweisaufnahme zum Anlauf des Schöneberger Südgeländes fortgesetzt. Der Beauftragte des Chapman-Konzerns, Kaufmann Rosenfeld, gab zu, daß sein Konzern von der Stadt 100,000 Reichsmark als Entschädigung für die geleistete Arbeit erhalten habe.

Im Reichsrat wurde am Mittwoch das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen mit 40 gegen 35 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Der neue deutsche Gesandte in Kopenhagen, bisheriger Legationsrat Freiherr von Richtigshofen, ist am Dienstag mit seiner Gattin in Kopenhagen angekommen und hat seinen Posten übernommen.